

49. Verbandsversammlung am 08.12.2014 öffentliche Sitzung

TOP 4 Resolution zur Revision der Regionalisierungsmittel

Anlässlich der gesetzlich vorgesehenen Revision der Regionalisierungsmittel, die der Finanzierung der Angebote des Schienenpersonennahverkehrs dienen und angesichts der Tatsache, dass der Bund die jährliche Dynamisierung dieser Mittel in Höhe von 1,5 % für das Jahr 2015 aussetzt, sieht der Zweckverband die Notwendigkeit, eine Resolution zur Revision der Regionalisierungsmittel zu veröffentlichen.

Vorbemerkungen

1. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt wurde seit 1994 das Mobilitätsangebot mit den umweltverträglichen Verkehrsmitteln Bahn und Bus landesweit Zug um Zug ausgebaut. Die hohen Nachfragezuwächse belegen den Erfolg des Konzeptes und machen den weiteren Ausbaubedarf deutlich.

Mit dem Konzept 'Rheinland-Pfalz-Takt 2015' haben das Land und die beiden für den SPNV zuständigen Zweckverbände die Weichen gestellt für eine deutliche, aber gleichzeitig wirtschaftlich tragfähige Erweiterung der Angebote auf der Schiene sowie bei den BusRegioLinien.

2. Diese Angebotsoffensive steht und fällt mit der Bereitstellung der hierfür nötigen Mittel durch den Bund. Im Rahmen der Verhandlungen mit dem Bund um die Zukunft der Nahverkehrsfinanzierung (sog. Revision der Regionalisierungsmittel) haben die Länder ein umfangreiches Gutachten erstellen lassen, welches den Mittelbedarf der kommenden Jahre detailliert nachweist. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass maßgeblich durch die Verteuerungen der Infrastrukturbenutzungsentgelte für die bundeseigene Infrastruktur (Stationspreise und Trassenpreise) ein finanzieller Mehrbedarf entstanden ist.
3. Das Ländergutachten kommt zum Ergebnis, dass bundesweit im Jahr 2015 8,5 Mrd. € an Regionalisierungsmitteln nötig sind, um die Angebote der Länder im SPNV, den diesen ergänzenden ÖPNV sowie weitere Fördermaßnahmen zu finanzieren. Die Länder haben sich parallel dazu einvernehmlich zu einem neuen Verteilungsschlüssel bei den Regionalisierungsmitteln verständigt. Die diesbezüglichen Regelungen aus dem Jahr 1994 müssen reformiert werden, weil sich wesentliche Kriterien verändert haben.

4. Der Bund hat ein Gegengutachten zur Höhe der Regionalisierungsmittel erstellen lassen. Auch dessen Ergebnis müsste in der Konsequenz dazu führen, dass der Bund einen Mehrbedarf der Länder anerkennen müsste.
5. Er vertritt aktuell die Meinung, dass die Revision der Regionalisierungsmittel in die Neuordnung der Bund-Länder-Finanz-beziehungen integriert werden soll, deren zeitliche Umsetzung aber nicht absehbar ist. Dies widerspricht jedoch dem Konsens zur Bahnreform aus dem Jahr 1993, bei dem im Grundgesetzartikel 106a festgelegt wurde, dass die Regionalisierungsmittel bei der Bemessung der Finanzkraft der Länder keine Berücksichtigung findet.
6. Die bisherige Regelung zur Höhe der Regionalisierungsmittel läuft formal zum Jahresende aus. Mit dem vorliegenden Entwurf für den Bundeshaushalt 2015 hat der Bund eine Kürzung der Nahverkehrsmittel vorgenommen, indem er dabei die bisherige jährliche Dynamisierung um 1,5 % aussetzt. Für das Land Rheinland-Pfalz bedeutet dies, dass im kommenden Jahr, entgegen der bisherigen Zusagen, rund 6 Mio. € weniger an Nahverkehrsmitteln zur Verfügung stehen.
7. Das Land Rheinland-Pfalz hat zusammen mit dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf die direkte Verwendung der Mittel bundesweit die höchste Quote vorzuweisen. Deshalb führen Mittelkürzungen durch den Bund unmittelbar zu Haushaltsengpässen im Land oder zu Angebotskürzungen.
8. Nimmt der Bund diese Mittelkürzung nicht zurück, und beharrt er auch weiterhin auf seiner Position, den Ländern nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stellen zu wollen, ist das Konzept des Rheinland-Pfalz-Taktes und der Ausbau des umweltverträglichen Schienenverkehrs zumindest in Teilen gefährdet.

Die Versammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd fordert deshalb den Bund auf

1. den Mehrbedarf der Länder bei den Regionalisierungsmitteln anzuerkennen,
2. die angestrebte faktische Kürzung der Regionalisierungsmittel um 1,5 % für 2015 zurückzunehmen und
3. mit den Ländern in einen konstruktiven Dialog zu treten mit dem Ziel, die Revision der Regionalisierungsmittel auf der Basis des Ländergutachtens zügig und erfolgreich rückwirkend zum 1. Januar 2015 abzuschließen und den im Jahr 1993 gefundenen politischen Konsens zur Bahnreform und zur Regionalisierung des SPNV nicht aufzukündigen.

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung stimmt der Resolution zu.